

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

Schutz der europäischen Stahlindustrie & Industriearbeitsplätze



Schützt die Metaller

An 500 Standorten in 24 europäischen Ländern produzieren rund 330.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich etwa 170 Millionen Tonnen Stahl. Durch stark angestiegene Billigimporte von Stahl aus China sind die gesamte europäische Stahlindustrie und die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen massiv gefährdet – in Österreich handelt es sich um rund 15.000 direkt Beschäftigte an 22 Standorten.

Europäischer Stahl wird von gut bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klima- und energieeffizient hergestellt. Chinesischer Stahl wird unter deutlich schlechteren Arbeits- und Umweltstandards produziert und ist außerdem staatlich subventioniert. Das ist kein fairer Wettbewerb!

Um hier gegenzusteuern, setzt die EU Antidumping-Maßnahmen ein – meistens Zölle. Allerdings dauern die Verfahren zu lange und die Zollaufschläge sind deutlich niedriger als beispielsweise in den USA. Auf Druck von einigen Mitgliedsstaaten plant die EU-Kommission nun diese Maßnahmen zu verschärfen. Österreich muss diese Verschärfungen unterstützen!

Das völlige Aus für die europäische Stahlproduktion droht, wenn China heuer als Marktwirtschaft im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation) anerkannt wird. Denn dann sind keine effektiven Antidumping-Zölle mehr möglich und der Industriestandort Europa wäre in höchster Gefahr!

Damit wären die Stahl- und weitere Grundstoffindustrien (z.B. Kunststoff, Aluminium, Papier) der Billig-Konkurrenz schutzlos ausgeliefert.

Verschwindet erst die Grundstoffindustrie aus Europa, folgt in wenigen Jahren die verarbeitende Industrie (z.B. die Automobil- und Elektroindustrie oder der Maschinen- und Anlagenbau).

Auch Zulieferbetriebe, industriennahe Dienstleistungen und Forschung wären betroffen und insgesamt Millionen von Arbeitsplätzen bedroht.

Wir hingegen wollen einen starken österreichischen und europäischen Industriestandort und unterstützen das Ziel einer Industriequote von 20% bis zum Jahr 2020.

Wir fordern mit unserer Unterschrift die zuständigen Mitglieder der österreichischen Bundesregierung – vor allem den Wirtschaftsminister – auf, im Rat der Europäischen Union folgende Positionen zu vertreten:

Die Volksrepublik China darf den Status einer Marktwirtschaft im Rahmen der WTO erst zuerkannt bekommen, wenn die entsprechenden fünf EU-Kriterien objektiv erfüllt sind. Es darf keinen Automatismus geben!

Die Europäische Union muss den Kampf gegen Dumping-Importe verschärfen: Es braucht kürzere Verfahren und Antidumping-Zölle in abschreckender Höhe. Die „Regel des niedrigeren Zolls“ muss weitestgehend abgeschafft werden.